

Grüne Kreistagsfraktion fordert barrierefreien und kostengünstigen Wohnraum

Bis 2017 fehlen bundesweit 400.000 Wohnungen im unteren Preissegment

Auch in Niedersachsen werden schon bald bezahlbare Wohnungen fehlen. Eine Studie des Pestel-Instituts, Hannover, hat jüngst ergeben, dass selbst der Landkreis Aurich von dieser Entwicklung nicht verschont bleibt und mehr als 800 Wohnungen gerade im unteren Preissegment fehlen werden.

"Wir begrüßen durchaus, dass in Aurich alten-, behindertengerechter und barrierefreier Wohnraum auf dem Ford-Rape-Gelände neu geschaffen wird. Bei einem Quadratmeterpreis von 2300 Euro müssen Käufer jedoch für eine 67 qm Wohnung 154.000 Euro netto auf den Tisch legen." sagte Angelika Albers, Mitglied der Kreistagsfraktion und Landtagskandidatin der Grünen für Aurich. „Das ist ein Preis, bei dem man sich fragt, ob sich Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, die dann später auch niedrige Renten erhalten werden, diese Wohnungen leisten können. Auch wenn die Wohnungen scheinbar weggehen wie warme Semmeln, ist eindeutig die neue Barriere der Preis. Der vielerorts geplante Bau von „Stadtvillen“, verstärkt diese Tendenz. Es findet ein sozioökonomischer Umstrukturierungsprozess städtischer Wohngebiete, die Gentrifizierung, statt in deren Zuge ursprünglich günstiger Wohnraum baulich aufgewertet wird und somit Gruppen mit einem niedrigeren Sozialstatus verdrängt werden.“

Die wachsende soziale Spaltung, die steigende Zahl von Menschen, die im Alter Grundsicherung beziehen werden, und die jahrelange Untätigkeit der Politik verschärfen diese Versorgungslage auf dem Wohnungsmarkt. Der Bund und das Land Niedersachsen haben sich überwiegend aus der Wohnungsbauförderung zurückgezogen und die Wohnkosten steigen weiter. „Der Mieterbund hat festgestellt, dass in 24% der Haushalte die Mietbelastung bei mehr als 40% des verfügbaren Haushaltseinkommens liegt und sich damit in den letzten Jahren verdoppelt hat“, so Albers weiter.

„Wir Grüne fordern die Städte und Gemeinden in unserem Landkreis auf, sich über die Problematik des fehlenden sozialen Wohnungsbaus umgehend in den politischen Gremien Gedanken zu machen. Es wird höchste Zeit, Entscheidungen zu treffen sowie Land und Bund in die Pflicht der Förderung – aber auch selbst Geld in die Hand - zu nehmen. In dieser Hinsicht muss nicht nur über Neubau und den Kauf von Belegrechten nachgedacht werden, sondern vor allem auch über die Umnutzung und Sanierung alten und leer stehenden Wohnungsbestandes,“ sagte Angelika Albers.

Die Ergebnisse der Pestel-Studie können unter nachgelesen werden: www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de